

Antrag 157/I/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung AK und Streiche Adressaten BPT (Konsens)****Intersektionale Aufarbeitung anlässlich 35 Jahre Mauerfall: Das Schicksal der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR endlich anerkennen**

1 Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen
 2 aus der DDR in die BRD, entstand in den 1960er Jah-
 3 ren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967
 4 und 1986 wurden daraufhin Abkommen zur „Ausbildung
 5 und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“ zwischen
 6 der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaa-
 7 ten“, wie Algerien, Mosambik, Angola, China, Kuba, Viet-
 8 nam, Ungarn und Polen abgeschlossen.
 9
 10 Die Situation der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in
 11 der DDR war enorm prekär: Arbeiter*innen lebten auf sehr
 12 engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und
 13 waren sowohl im Betrieb als auch im Alltag vom Rest der
 14 Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und ausgeschlos-
 15 sen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von
 16 zwei bis fünf Jahren begrenzt, der Nachzug von Famili-
 17 enangehörigen war fast ausnahmslos verboten. Wurden
 18 Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine
 19 direkte Abschiebung, andernfalls wurden sie zu Schwan-
 20 gerschaftsabbrüchen gedrängt.
 21
 22 Imperialistische Vorbehalte der damaligen Außenpolitik
 23 der DDR können am Beispiel der Vertragsarbeitenden aus
 24 Mosambik demonstriert werden, denn hier gab es eine
 25 vertragliche Zusatzregel, nach der die DDR bis zu 60%
 26 des Lohns der Arbeiter*innen einbehält, um angebliche
 27 Schulden des Staates Mosambik zu begleichen. Dieser Be-
 28 trag sollte, so das Versprechen, den Mosambikane*innen
 29 in ihrer Heimat zugutekommen, doch diese Auszahlung
 30 fand bis heute nicht statt. Bis heute kämpfen die ehema-
 31 ligen Vertragsarbeitenden um den fehlenden Lohn, Akti-
 32 vist*innen gehen von einer Summe von umgerechnet über
 33 600 Millionen Euro aus, die den Arbeiter*innen zusteht.
 34 Auch Rentenansprüche, die eigentlich in das mosambika-
 35 nische Rentensystem überführt werden sollten, sind bis
 36 heute ungeklärt. Viele der zurückgekehrten Mosambika-
 37 ner*innen leben bis heute in prekären Verhältnissen und
 38 werden in Mosambik als „Madgermanes“ diffamiert.
 39
 40 Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für
 41 viele Vertragsarbeitende, die mit geringen Abfindun-
 42 gen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wur-
 43 den. Die gleichen Menschen, die sich in Deutschland ein
 44 Zuhause geschaffen hatten und den Mangel an DDR-
 45 Arbeitskräften ausgeglichen hatten, mussten nun wei-
 46 ter um ihre Existenzen und ihre Daseinsberechtigung
 47 kämpfen. Trotz der Herausforderungen entschieden sich

- Überweisung an Landesgruppe Berlin im BT

Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen aus der DDR in die BRD, entstand in den 1960er Jahren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967 und 1986 wurden daraufhin Abkommen zur „Ausbildung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“ zwischen der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaaten“, wie Algerien, Mosambik, Angola, China, Kuba, Vietnam, Ungarn und Polen abgeschlossen.

Die Situation der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR war enorm prekär: Arbeiter*innen lebten auf sehr engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und waren sowohl im Betrieb als auch im Alltag vom Rest der Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und ausgeschlossen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von zwei bis fünf Jahren begrenzt, der Nachzug von Familienangehörigen war fast ausnahmslos verboten. Wurden Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine direkte Abschiebung, andernfalls wurden sie zu Schwangerschaftsabbrüchen gedrängt.

Imperialistische Vorbehalte der damaligen Außenpolitik der DDR können am Beispiel der Vertragsarbeitenden aus Mosambik demonstriert werden, denn hier gab es eine vertragliche Zusatzregel, nach der die DDR bis zu 60% des Lohns der Arbeiter*innen einbehält, um angebliche Schulden des Staates Mosambik zu begleichen. Dieser Betrag sollte, so das Versprechen, den Mosambikane*innen in ihrer Heimat zugutekommen, doch diese Auszahlung fand bis heute nicht statt. Bis heute kämpfen die ehemaligen Vertragsarbeitenden um den fehlenden Lohn, Aktivist*innen gehen von einer Summe von umgerechnet über 600 Millionen Euro aus, die den Arbeiter*innen zusteht. Auch Rentenansprüche, die eigentlich in das mosambikanische Rentensystem überführt werden sollten, sind bis heute ungeklärt. Viele der zurückgekehrten Mosambikane*innen leben bis heute in prekären Verhältnissen und werden in Mosambik als „Madgermanes“ diffamiert.

Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für viele Vertragsarbeitende, die mit geringen Abfindungen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wurden. Die gleichen Menschen, die sich in Deutschland ein Zuhause geschaffen hatten und den Mangel an DDR-Arbeitskräften ausgeglichen hatten, mussten nun wei-

48 20.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen, in Deutsch-
 49 land zu bleiben. Oftmals aufgrund fehlender Alternati-
 50 ven gründeten sie eigenständig kleine Unternehmen, dar-
 51 unter Gemüse- und Blumengeschäfte. Erst im Jahr 1997
 52 wurde ihnen ein sicherer Aufenthaltsstatus gewährte. Der
 53 Fall der Familie Pham zeigt jedoch, dass trotz ihres Einsatzes
 54 ihr Leben in Deutschland nicht gleichwertig ist. Pham
 55 Phi Son kam 1987 als Vertragsarbeiter in die DDR und
 56 erhielt im Jahr 2011 eine unbefristete Niederlassungser-
 57 laubnis in Deutschland. Im Jahr 2015 heiratete er in Viet-
 58 nam, und seit 2016 lebt seine Frau Hoa Nguyễn mit ihm in
 59 Deutschland, wo 2017 ihre Tochter Emilia geboren wurde.
 60 Im Jahr 2016 überschritt Pham jedoch die erlaubte Aus-
 61 landsaufenthaltsdauer von sechs Monaten durch einen
 62 neunmonatigen Aufenthalt in Vietnam, wo er sich wegen
 63 einer Knieverletzung, die sich im vietnamesischen Klima
 64 verschlimmert hatte, stationär behandeln lassen musste.
 65 Diese Überschreitung führte dazu, dass ihm die Chemnit-
 66 zener Ausländerbehörde sämtliche Aufenthaltsrechte ent-
 67 zog. Pham legte gegen diese Entscheidung Einspruch ein,
 68 unterlag jedoch vor Gericht. Trotz zweier Entscheidungen
 69 der Härtefallkommission gegen ihn in den Jahren 2018
 70 und 2023, soll sich die Kommission nun ein drittes Mal mit
 71 seinem Fall befassen.

72

73 Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiedervereinigung
 74 eine Zäsur. Schon in der DDR waren Vertragsarbeiter*innen
 75 mit gesellschaftlichem und strukturellem Rassismus konfrontiert,
 76 der sich auch in tätlichen Angriffen widerspiegelte, jedoch von
 77 der DDR-Führung vertuscht wurde. Nach der Wiedervereinigung
 78 in den 90er-Jahren, war rechte Gewalt Alltag für migrantisierte
 79 Menschen, die dem gesellschaftlichen Rassismus schutzlos ausgeliefert
 80 waren. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber auch Thiendorf,
 81 Freital, und Tambach-Dietharz sind nur einige Beispiele für
 82 rechtsextreme Anschlagorte.

83

84
 85 **Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbeiter*innen
 86 in der DDR ist bis heute nicht ausreichend aufgearbeitet,
 87 deshalb fordern wir:**

- 88 • Den Vertragsarbeiter*innen, die nach der Wiedervereinigung
 89 in Deutschland geblieben sind, sollte eine dauerhafte und
 90 planungssichere Option zum Verbleib, wie die Staatsbürgerschaft,
 91 ermöglicht werden, um Fälle wie den der Familie Pham zu
 92 verhindern.
- 93 • Die fehlenden Lohn- und Rentenansprüche müssen umgehend
 94 an die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen oder ihre Angehörigen
 95 ausgezahlt werden
- 96 • Anerkennung der Ausbeutung der Arbeiter*innen durch die
 97 DDR
- 98 • Verbesserung der Studien- und Datenlage über die Anzahl
 99 der in Deutschland beschäftigten Vertrags-
- 100

ter um ihre Existenzen und ihre Daseinsberechtigung kämpfen.
 Trotz der Herausforderungen entschieden sich 20.000 Vietnamesinnen
 und Vietnamesen, in Deutschland zu bleiben. Oftmals aufgrund
 fehlender Alternativen gründeten sie eigenständig kleine Unternehmen,
 darunter Gemüse- und Blumengeschäfte. Erst im Jahr 1997 wurde
 ihnen ein sicherer Aufenthaltsstatus gewährte. Der Fall der Familie
 Pham zeigt jedoch, dass trotz ihres Einsatzes ihr Leben in
 Deutschland nicht gleichwertig ist. Pham Phi Son kam 1987 als
 Vertragsarbeiter in die DDR und erhielt im Jahr 2011 eine
 unbefristete Niederlassungserlaubnis in Deutschland. Im Jahr
 2015 heiratete er in Vietnam, und seit 2016 lebt seine Frau
 Hoa Nguyễn mit ihm in Deutschland, wo 2017 ihre Tochter
 Emilia geboren wurde. Im Jahr 2016 überschritt Pham jedoch
 die erlaubte Aufenthaltsdauer von sechs Monaten durch einen
 neunmonatigen Aufenthalt in Vietnam, wo er sich wegen einer
 Knieverletzung, die sich im vietnamesischen Klima verschlimmert
 hatte, stationär behandeln lassen musste. Diese Überschreitung
 führte dazu, dass ihm die Chemnitzener Ausländerbehörde
 sämtliche Aufenthaltsrechte entzog. Pham legte gegen diese
 Entscheidung Einspruch ein, unterlag jedoch vor Gericht. Trotz
 zweier Entscheidungen der Härtefallkommission gegen ihn in
 den Jahren 2018 und 2023, soll sich die Kommission nun ein
 drittes Mal mit seinem Fall befassen.

Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiedervereinigung
 eine Zäsur. Schon in der DDR waren Vertragsarbeiter*innen mit
 gesellschaftlichem und strukturellem Rassismus konfrontiert,
 der sich auch in tätlichen Angriffen widerspiegelte, jedoch von
 der DDR-Führung vertuscht wurde. Nach der Wiedervereinigung
 in den 90er-Jahren, war rechte Gewalt Alltag für migrantisierte
 Menschen, die dem gesellschaftlichen Rassismus schutzlos
 ausgeliefert waren. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber
 auch Thiendorf, Freital, und Tambach-Dietharz sind nur einige
 Beispiele für rechtsextreme Anschlagorte.

**Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbeiter*innen
 in der DDR ist bis heute nicht ausreichend aufgearbeitet,
 deshalb fordern wir:**

- Den Vertragsarbeiter*innen, die nach der Wiedervereinigung
 in Deutschland geblieben sind, sollte eine dauerhafte und
 planungssichere Option zum Verbleib, wie die Staatsbürgerschaft,
 ermöglicht werden, um Fälle wie den der Familie Pham zu
 verhindern.
- Die fehlenden Rentenansprüche müssen umgehend an die
 ehemaligen Vertragsarbeiter*innen oder ihre Angehörigen
 ausgezahlt werden
- Anerkennung der Ausbeutung der Arbeiter*innen durch die
 DDR

101 arbeiter*innen und ihre Lebenssituationen, auch in
102 Mosambik und anderen Herkunftsländern.
103 • Ehemalige Wohnheime wie in Pankow sollten nach
104 der Renovierung, ihre Vergangenheit nicht verlieren
105 und als Bestandteil der DDR-Erfahrungen sollten Ta-
106 feln, Wandgestaltung an ihre ehemaligen Bewoh-
107 ner*innen erkennen.
108 • intersektionales Gedenken an das Mauerfall-
109 Jubiläum, welches auch die Perspektive der ehe-
110 maligen Vertragsarbeitenden beleuchtet und
111 Zeitzeug*innen verschiedener Gruppen zu Wort
112 kommen lässt
113
114
115

- Verbesserung der Studien- und Datenlage über die Anzahl der in Deutschland beschäftigten Vertragsarbeiter*innen und ihre Lebenssituationen, auch in Mosambik und anderen Herkunftsländern.
- Ehemalige Wohnheime wie in Pankow sollten nach der Renovierung, ihre Vergangenheit nicht verlieren und als Bestandteil der DDR-Erfahrungen sollten Tafeln, Wandgestaltung an ihre ehemaligen Bewohner*innen erkennen.
- intersektionales Gedenken an das Mauerfall-Jubiläum, welches auch die Perspektive der ehemaligen Vertragsarbeitenden beleuchtet und Zeitzeug*innen verschiedener Gruppen zu Wort kommen lässt